

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Rudolf
Haben & Komp., Nr. 20412.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl.
Gedr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Druckerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 22. 7. 10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitznerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weitznerplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertats werden die 7spaltigen Zeilen mit 60 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 22.

Dresden, Dienstag den 28. Januar 1919.

30. Jahrg.

Sie leben noch,

die Feinde des Koalitionsrechts der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrer.

Im letzten Landtage vor dem Kriege unternahmen die Konservativen und die Nationalliberalen haherfüllt ihren großen Vorstoß, um das soziale Vereinigungsrecht zur Strecke zu bringen. Feuchlerisch wollten sie „im Namen der Freiheit“ die Freiheit meucheln. Der Krieg stopfte ihnen einsteilen den Mund. Unter der Decke aber hat es bereits wieder zu schwellen begonnen.

Hilft euch, ihr Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrer!

Nur solange ihr folgsam bleibt, wart ihr auch lieb kind. Rechte hatte man euch stets versagt. Denkt daran bei der Volkskammerwahl am 2. Februar!

Wählt nur die sozialdemokratische Liste!

Möglichkeiten der Sozialisierung.

Ueber die Pläne des Reichswirtschaftsamts auf dem Gebiete der Energieversorgung Deutschlands machte Staatssekretär Dr. Müller allgemein interessierende Angaben. Wollen wir den Begriff der Sozialisierung aus den engen Grenzen des Zahlungsverkehrs herausführen, so müssen Möglichkeiten gefunden werden, die das Interesse der Allgemeinheit wie das der Technik und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigen.

Einen Anlauf in dieser Richtung unternimmt das Reichswirtschaftsamt mit dem Versuch einer Sozialisierung der Energieerzeugung Deutschlands. In dem genannten Amt wird von den Einzelversorgungs-Gesellschaften ausgeht, die die Begutachtung der bundesstaatlichen Regierungen passieren und schließlich der parlamentarischen Entscheidung zugewiesen wird.

Der Entwurf über die rechtliche Regelung der Energieversorgung Deutschlands vermeidet das Problem der Verstaatlichung und bezweckt die allgemeine Versorgung des Reiches mit Energie. Er will die Bewirtschaftung aller Energiequellen wie Elektrizität, Wasser, Wind usw. einheitlich regeln. Sein nächstes Ziel ist die Erreichung eines möglichst hohen Ergebnisses bei möglichst geringen Aufwendungen. Innerhalb des Reichsgebietes soll die Ausnützung der vorhandenen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Die Gruppen der Energieerzeuger und der Verbraucher sollen zusammengeschlossen werden. Dem Reiche und den Bundesstaaten ist das entsprechende Bestimmungsrecht eingeräumt. In der Gesamtorganisation, die zur Erreichung dieses Zieles geschaffen werden muß, sind Unternehmer und Arbeiter vertreten. Die Aufsicht hat das Reichswirtschaftsamt, dem ein Beirat zur Seite gestellt wird.

Im Speziellen ist zur Regelung der Materie ein Reichskohlengesetz und ein Elektrizitätsgesetz geplant. Das Kohlengesetz wird sich in der Hauptsache auf drei Faktoren beziehen, die Produktion, den Absatz und den Verbrauch. Es ist beabsichtigt, auf den bereits bestehenden Organisationen (Kohlenlandwerke usw.) weiter zu bauen. Selbstverständlich wird alles auf eine neue Grundlage gestellt. Insbesondere werden sich die staatlichen Organisationen auf die Herstellung der Dinge einen starken Einfluss sichern. Das Hauptgewicht wird gelegt werden auf eine möglichst rationelle Kohlenwirtschaft. Die Not des Reiches zwingt uns, hierbei den finanzpolitischen Gesichtspunkten die gebührende Berücksichtigung zu schenken. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die in letzter Zeit in verschiedenen Kohlengebieten vorzunehmenden „Sozialsozialisierungen“ den Absichten des Reiches starke Hindernisse in den Weg legten. Diese Vorhaben müßten aus wirtschaftlichen Zusammenbrüche führen, wenn sie weiter fortgesetzt werden.

Große Aufgaben stellt sich das Elektrizitätsgesetz. Schon rein materiell betrachtet, hat es sich auf einem Gebiete zu betätigen, auf dem in den letzten zehn Jahren ein ungeheurer Aufschwung erlebt worden ist. Von 1907—17 hat sich auf diesem Gebiete der Verbrauch vervielfacht; die öffentlichen Anlagen haben ihren Absatz vervielfacht. Leider haben Reich und Staat den Zeitpunkt verpasst, wo sie sich auf diesem Gebiete Einfluss und Gewinnanteil hätten sichern können. Die erste Aufgabe des neuen Gesetzes muß es sein, die hier bestehende völlig planlose Zersplitterung in der Produktion, im Absatz und in der enormen wirtschaftlichen Kraftverwendung in die Bahnen einer geordneten Produktion und Distribution zu leiten. Wir werden uns in Zukunft diese Kraftverwendung nicht mehr leisten können, womit schon die Begründung für dieses Gesetz geliefert wird.

Die sich die praktischen Einzelheiten des Gesetzes (und auch der anderen) gestalten werden, wird wesentlich von der Art des Friedensschlusses abhängen. Bei den Vorbereitungen konnte es sich im wesentlichen nur um die Klarstellung der überherrschenden Prinzipien handeln. Dieses Prinzip wird

beim Elektrizitätsgesetz dahin gehen, die gesunden Kräfte zu fördern, die ungehindert zu betätigen. Die einzelnen Werke sollen technisch-wirtschaftlich zu einem organischen Zusammenschluß gebracht werden. Das ist heute um so leichter, als auf 200—300 Kilometer Entfernung elektrische Energie ohne Verlust übertragen werden kann.

Im großen und ganzen handelt es sich hier, wie man sieht, um eine gleichgerichtete Initiative von gewaltiger wirtschaftlicher Tragweite.

Die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge

Wichtige Zweige unserer Volkswirtschaft, vor allem die Landwirtschaft und Teile des Rohlenbergbaues, leiden unter bedrohlichem Mangel an Arbeitskräften. Dem deutschen Volke steht demgegenüber eine Not bevor, deren Größe und Dauer leider nicht richtig erkannt werden. Gleichzeitig drängen sich Arbeitslose in täglich wachsender Zahl in den Städten zusammen, festgehalten oder angelockt durch die bisherige Handhabung der Erwerbslosenunterstützung. Dieser Zustand ist unerträglich; so gerbricht unsere Produktion und die Finanzkraft von Reich, Staat und Gemeinde geht vollends verloren.

In vier Punkten vornehmlich bedarf die Erwerbslosenfürsorge der Veränderung:

1. Die Verknüpfung des Erwerbslosen, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen körperlichen Ausgemessen werden kann, und für die angemessener ökonomischer Lohn gewährt wird, muß endlich durchgeführt werden.
2. Es ist dringender als bisher darauf hinzuwirken, daß Verlorenen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einem anderen Ort gezwungen sind und dort jetzt keine Arbeit mehr finden, in ihren früheren Wohnort zurückzuführen.
3. Die bislang bestehende Freiheit der Gemeinden bei der Bestimmung der Unterstützungssätze muß eingeschränkt werden, weil diese Sätze verhältnismäßig eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr zu rechtfertigen ist und die Erwerbslosen von der Arbeit zurückhält.
4. Um verheerenden Erwerbslosen die Aufnahme von Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zu ermöglichen, muß die Gemeinde die Voraussetzungen erhalten, die zur Durchführung der Familienangehörigen zur Unterstützung zu dienen.

Die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge nach diesen Gesichtspunkten ist erfolgt durch die Verordnung betreffend die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (Reichsgesetzblatt 1918, 1), die das Reichswirtschaftsamt am 15. Januar 1919 erlassen hat. Die Reichsregierung erhofft von der Befolgung dieser neuen Verordnung die im allgemeinen Interesse gebotene Besserung der Verhältnisse.

Die Streiklage.

Im Kohlenbergbau Oberschlesiens wurde für Montag eine vollständige Wiederaufnahme der Arbeit erwartet. Diese Annahme hat sich nicht erfüllt, denn gestern waren von 64 Gruben immer noch 27 von Ausstand betroffen. Angehört des herrschenden Kohlenmanagers und der ständig zurückgehenden Kohlenzufuhr ist, wie das Berliner Volksblatt meldet, damit zu rechnen, daß Ende dieser oder Anfang nächster Woche die Verteilung von Staatsstrom für die Industrie eingestellt werden muß. Das würde eine weitere Einschränkung der Arbeitslosigkeit, der Not und des Hungers bedeuten und unser Wirtschaftsleben immer mehr dem Zusammenbruch entgegenführen.

Diese schweren Gefahren für das ganze deutsche Volk und nicht zuletzt für die beiden Massen der Arbeiterschaft werden erhöht durch die immer wieder auf anderen Ausständen des Verkehrs-personals. So droht dem vom Streik wieder bereits mehrfach erwähnten des Strakenbahnbetriebs. Das technische Personal der Preussischen Staatseisenbahn beschäftigt in den Ausstand zu treten, wenn ihm nicht einmalige Ausnahmen von 200 bis 300 Mann zu treten, wenn ihm nicht einmalige Ausnahmen zu einer drohliche werden. Die Zeit hat bei den beiden Landverwehren allgemeine Forderung abgelehnt, ist aber bereit, solchen Landverwehren und Angestellten eine bestimmte Summe zu bewilligen, die von Anfang an mehrere Jahre im Felde waren. Für weitere Bewilligungen stehen ihr keine Mittel zur Verfügung. — In Rautheim verlangte gestern eine von 2000 Mann aus ganz Baden bestehende Eisenbahnerabteilung in einer Kundgebung von der Regie-

rung eine weitere Erwerbszulage von 500 M. und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Falle der Ablehnung soll die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Kundgebung sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus. — Auf der Bahnrede von Babel nach Wilhelmshafen stellt sämtliche Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunikativen Unruhen in Wilhelmshafen zum Stillstand zu bringen. Auch die Herzogin hat sich dem Streik angeschlossen. Man sucht also den Zufall durch Verzicht auszutreiben und die auf die Verkehrsmittel angewiesene oder der ärztlichen Hilfe bedürftige Bevölkerung trägt die Kosten.

Auch die Bankbeamten, deren wirtschaftliche Lage heute, wie ohne weiteres anerkannt werden muß, keineswegs so glänzend ist, wie heute Kreise anzunehmen geneigt sind, treten jetzt mehr und mehr aus ihrer bisher gelassen Zurückhaltung heraus. So stellte die Bankbeamten der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin einstimmig der Direktion bis zum 29. Januar ein Ultimatum, nach dessen erfolglosem Ablauf in den Streik einzutreten werden soll. Die Bewegung hat inzwischen bereits auf die Angehörigen der Deutschen Bank übergegriffen. Man kann nur wünschen, daß die bessere Einsicht auf beiden Seiten Mittel und Wege zur Vermehrung eines Bankbeamtenstreiks finden möchte, der unter ohnehin schon arg mitgenommenen Volkswirtschaft neuen unermeßlichen Schaden zufügen möchte.

Die Streikbewegung im Auslande.

Im Haag trafen Arbeitstelegramme ein, die den Ausbruch eines Generalstreiks in England mitteilten. Es ist bisher nicht möglich festzustellen, ob die Nachricht wahr ist. Sie betrifft jedenfalls, welchen Umfang die soziale Spannung in England erreicht hat.

Die Schiffbauangehörigen des Donau-Hafens beschlossen, am 27. Januar zugunsten einer allgemeinen Forderung von 15 Schilling wöchentlich zu streiken. Es kommen etwa 2000 Arbeiter in Betracht.

Die Stellung der Pariser Verkehrsmittel unter staatliche Aufsicht hat den dortigen Streik beschleunigt.

Beratungen der internationalen Sozialistenkonferenz.

Die Berner internationale Sozialistenkonferenz hielt am Sonntag unter den bisher erschienenen Delegierten eine vorbereitende Sitzung ab, die sich besonders mit der Frage des Stimmverhältnisses auf der kommenden Konferenz befaßte und die vorbereitenden Schritte zur Klärung der Frage des Völkerbundes gutheißt. Der Generalsekretär der Schweizerischen Sozialistenpartei hat für nächsten Sonntagabend und Sonntag einen Parteitag einberufen, um über die Teilnahme an der internationalen Konferenz schlüssig zu werden. Der Zentralvorstand hat mit 27 gegen 17 Stimmen einen Beschluß auf Teilnahme angenommen. Italien wird die internationale Arbeiterkonferenz in Fern beschließen.

Wie die Sumarite mitteilt, hat die französische Regierung beschlossen, den Delegierten der spanischen Arbeiterpartei Ribas und Ribeira das Visum der Waise für die Berner Konferenz zu verweigern. Die Delegierten sitzen an der spanisch-französischen Grenze fest.

Henderson und Branting.

Paris, 28. Januar. Henderson kam hier gestern auf Wunsch der britischen Regierung aus Bern an, um sich mit Barnes, Thomas und drei Delegierten des Gewerkschaftsverbandes über die internationale Arbeiterschaft zu beraten. Henderson erklärte bei einem Pressegespräch, er hoffe, zur Zeit der Eröffnung der Arbeiterkonferenz, am 8. Februar, wieder in Bern zu sein, wo sich alle verbündeten wie die feindlichen Delegierten über die Methoden zur Erzielung einer höheren Lebensführung in allen Ländern beraten würden, ohne die er den Ausbruch erster Arbeiterunruhen für unvermeidlich halte. Er fügte hinzu, die Konferenz würde Entschlüsse über den Völkerbund und andere Fragen annehmen, die in angemessener Weise den Ausschüssen der Friedenskonferenz vorgelegt werden würden. Henderson äußerte sich in warmen Ausdrücken über die Haltung der britischen Regierung gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter.

Der kommunistische Sozialist Branting wies in einer Presseunterhaltung in Bern auf die Unterredung zwischen Henderson und Walfour hin, die beweise, daß man auf der Berner Konferenz großen Wert auf die Beratungen in Fern lege. Die Konferenz werde sich hoffentlich entscheiden, einen Rindeklapp für die Arbeiter festzusetzen. Zwar sei es unmöglich, die Waise auf der ganzen Welt nach einem Muster einzurichten und nach einem Maßstab zu messen, da die Kaufkraft des Volkes überall verschieden ist und auch die Lebensverhältnisse nicht die gleichen sind, aber doch glaubt er, daß es möglich ist, einen Standardlohn zu verabreden, der dem Arbeiter überall wenigstens ein Existenzminimum garantieren würde.

Bauernrevolution in Rumänien.

Budapest, 27. Januar. Eine Rufstetter Meldung besagt: In Rumänien brach am Sonntagabend eine Bauernrevolution aus. Die Bevölkerung der Dörfer, die sich seit Wochen gut vorbereitet hatte, erhob sich zu einer selbsterregten Stunde im ganzen Lande. An der Spitze standen die beimgekehrten Soldaten, die mit Waffen gut ausgerüstet sind. Schon in der Abenddämmerung zogen die Aufständischen in viele Städte ein, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit den regulären Truppen kam. In Bukarest wurde am ganzen Sonntag gekämpft. Die Sozialdemokraten schlossen sich den Revolutionären an. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß.